

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 RM., Einzelne Nummern 15 Pf.
Schriftleitung, u. Geschäftsstelle Dresden-R. 1, Str. Zwingerstr. 16. Ruf 14 574 u. 21 295.
Postfach-Konto Dresden 2486 / Scheckkonto-R. 674.

Anzeigenpreise: 32 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile oder deren Raum 35 Pf.,
66 mm breit im amtlichen Teile 70 Pf., Reklamezeile 1 RM.
Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Streifenzeile.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Zeichnungsliste der Staatsschuldverwaltung, Holzpflanzen-Verkaufsliste der Staatsschuldverwaltung.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberregierungsrat Hans Bied in Dresden.

Nr. 12

Dresden, Freitag, 15. Januar

1932

Beschlüsse des Reichsrates.

Berlin, 14. Januar.
Der Reichsrat hielt am Donnerstag seine erste Sitzung im neuen Jahr ab. Er genehmigte das Abkommen über Erleichterungen im Eisenbahnverkehr zwischen Ostpreußen und dritten Staaten, soweit dabei der polnische Korridor durchfahren wird. Es soll dadurch erreicht werden, daß Durchgangszüge von Pommern nach Ostpreußen und umgekehrt von Ostpreußen nach Pommern sowie überhaupt von allen Zollformalitäten befreit werden.
Ebenso wurde das deutsch-österreichische Abkommen über die Regelung der Anschluß- und Übergangsverhältnisse im Eisenbahnverkehr angenommen. Die Vereinbarung über die Rechtsverhältnisse und die Unterhaltungsansprüche arbeitloser landwirtschaftlicher Siedlungsbewerber und die Arzneitage konnten noch nicht zur Beratung kommen. Ihre Berücksichtigung dürfte in der nächsten Sitzung, Donnerstag der kommenden Woche, erfolgen.
In dieser Sitzung wird voraussichtlich auch die Frage der ausländischen Landarbeiter für 1932 erledigt werden.

Die deutsche Regierung zu dem Wirtschaftsgesetz des Europa-Ausschusses.
Brüssel, 14. Januar.
Nach einem Berliner Telegramm der „Münchener Zeitung“ hat die deutsche Regierung gemäß dem Wunsch des Völkervereinigungsausschusses die Empfehlungen der vom Europa-Ausschuß im vorigen Sommer berufenen zehn Wirtschaftsfachverständigen in einer Note Stellung genommen die die volle Zustimmung zu den Grundgedanken des Völkervereinigungsausschusses enthält. Dieser Bericht sieht, wie erinnerlich, eine fortschreitende Vereinheitlichung des europäischen Marktes auch durch Errichtung von Zollunionen als das erstrebenswerte Ziel an.

Senkung der Margarinepreise und weiterer Werttarife.
Berlin, 14. Januar.
Die Wolff's Büro von unterrichteter Stelle erzählt, haben die Verhandlungen des Reichsausschusses für die Preisüberwachung mit den Spitzenverbänden der Margarineindustrie zu dem Ergebnis geführt, daß die Preise für alle Sorten, außer der billigen, um durchschnittlich 10 Proz. gesenkt worden sind. Für die billige Margarine sind die Preisbindungen bereits durch die Verordnung aufgehoben worden. Teilweise sind die bisherigen Kartellpreise, die für diese Sorte 33 Pf. betrugen, schon auf 29 und 28 Pf. zurückgegangen.

In einer ganzen Reihe weiterer Städte sind Verhandlungen der Werttarife erfolgt, so z. B. in den Städten Kachen, Flensburg, Halle und Stettin die Gastarife, in Glegen der Wassertarife und in Lübeck und Bären die Verkehrstarife.
Eine andere wichtige Frage, mit der sich der Reichsausschuß zurzeit beschäftigt, ist die der Arzneimitteltarife. In dieser Angelegenheit sind schon wiederholt Verhandlungen mit den zuständigen Ministerien, dem Reichsinnenministerium und verschiedenen Länderministerien geführt worden. Man nimmt in unterrichteter Kreise an, daß Anfang nächster Woche ein endgültiger Abschluß erfolgen kann.

Senkung des Brotpreises in Bayern.
München, 14. Januar.
Die Verhandlungen des Preiskommissars, Präsident Dr. Bahn, mit den Vertretern des Münchner Bäckergewerkschafts führten in ihrer heutigen abschließenden Sitzung zu dem Ergebnis, daß die Bäcker von sich aus eine Senkung des Brotpreises um 2 Pf. pro Kilogramm vornehmen werden. In Zukunft wird demnach das helle Hausbrot 44 Pf. und das Roggenbrot 40 Pf. kosten. Der Zeitpunkt der Preisermäßigung ist noch nicht bekanntgegeben worden. — In den nächsten Tagen wird der Preiskommissar auch mit Vertretern anderer Gewerkschaften Verhandlungen führen, um festzustellen, welche weiteren Preisermäßigungen notwendig und möglich sind.

Was ist bei der Organisation eines freiwilligen Arbeitsdienstes zu beachten?

Berlin, 14. Januar.
Die zahlreichen Hinweise auf die Möglichkeit der Schaffung oder Instandsetzung von Anlagen und Einrichtungen für die Pflege der Leibesübungen durch die Organisation eines freiwilligen Arbeitsdienstes lassen es notwendig erscheinen, noch einmal kurz die bestimmungsgemäßen Voraussetzungen zusammenzufassen.
Jede öffentlich-rechtliche oder private Körperschaft kann „Träger der Arbeit“ sein. Die Arbeiten müssen gemeinnützig und zusätzlich sein. Nicht zulässig sind Arbeiten, die in Frage kommen, die als anerkannt, daß Anlagen und Einrichtungen für die Pflege der Leibesübungen der Volksgesundheit dienen. Ein Mißbrauch der Veranstaltung für staatsfeindliche Zwecke darf nicht vorliegen. Die Vereinigungen, die die Arbeitsdienstleistungen zusammenfassen und zur Verfügung stellen, sind im Sinne der Bestimmungen „die Träger des Dienstes“. Die Durchführung gestaltet sich einfach. Nachdem über ein in Aussicht genommenes Projekt noch Genehmigung durch die Gemeindeverwaltung ein Finanzplan aufgestellt worden ist, kann der Antrag an das zuständige Arbeitsamt unter Benutzung des einheitlichen Vordruckes eingereicht werden. Das Arbeitsamt entscheidet über die Anerkennung. Sobald diese ausgesprochen ist, kann die Arbeit beginnen. Der Träger der Arbeit erhält dann wöchentlich die erforderlichen Beträge zur Auszahlung an die Arbeitsdienstwilligen, und zwar: für Jugendliche bis zu 21 Jahren 2 RM. wöchentlich; ältere in der „Arbeitsdienstwilligen“ beschränkte Arbeitsdienstleistungen erhalten bis zur Dauer von 20 Wochen ebenfalls 2 RM.

wöchentlich, auch für den Fall, daß deren Unterhaltungsanspruch schon in einem früheren Zeitpunkt erschöpft ist. Wohlfahrtsunterstützungsempfänger können gleichfalls am freiwilligen Arbeitsdienst teilnehmen, sofern der Bezugsfürsorgeverband die Förderung übernimmt. Der Träger der Arbeit kann die Unterhaltung ganz oder teilweise in Sachleistungen leisten.
Die Krankenversicherung wird entweder aus Mitteln der Reichsanstalt oder aus besonderen Reichsmitteln bestritten. Auch für die Kostenerhaltung der Anwartschaften in der Invaliden-, Angehörigen- und Invaliditätsversicherung wird gesorgt. Nur für die reichsrechtliche Versicherung gegen Betriebsunfälle muß der Träger der Arbeit aufkommen. Nachtragsgeld für die Anerkennung eines Antrages durch den Vorsitzenden des Arbeitsamtes ist u. a. daß die Betansee der jugendlichen Arbeitsdienstwilligen ausreichend gemacht werden. Es wird also geprüft, ob der Träger der Arbeit oder des Dienstes bereit und befähigt ist, auch den jugendpflegerischen Gesichtspunkten innerhalb der Arbeit — aber auch während der Freizeiten — Rechnung zu tragen. Im Rahmen dieser Nebenveranstaltung werden Körperpflege, Spiel, Sport und Wanderungen in erster Linie zu berücksichtigen sein. Es erscheint notwendig, die Jugendlichen bei Nebenveranstaltungen gegen Unfall und Haftpflicht zu versichern. Hierfür hat der preussische Minister für Volkswohlfahrt durch Erlass vom 23. April 1931 hingewiesen. Der amtliche Vordruck der Verordnung über die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes ist im „Reichsarbeitsblatt“ abgedruckt.

Ein abgehörtes Telefongespräch?

London, 14. Januar.
Der politische Korrespondent des „Star“ stellt heute abend die Behauptung auf, die verfrüht veröffentlichte Erklärung Dr. Branning sei auf das Abhören eines Telefongesprächs zwischen der britischen Botschaft in Berlin und London zurückzuführen, in dem die Mitteilungen des Reichskanzlers an den englischen Botschafter nach London übermittelt wurden. Niemand wisse genau, wo die Belauschung des Gesprächs stattfand. Dieser oder jener halte es für möglich, daß ein Hiltneragent oder ein Telephonbeamter mit Sympathien für die Nationalsozialisten eine Niederschrift des Gesprächs besorgte.

Verunglimpfungen des französischen Botschafters

Berlin, 14. Januar.
Dem Wolff's Büro wird geschrieben:
Seit einiger Zeit hat ein rechtsradikales Blatt gegen den französischen Botschafter in Berlin einen Pressefeldzug begonnen, wobei es ihn unter persönlichen Verunglimpfungen als den Hauptfaktor aller gegen Deutschland gerichteten Bestrebungen verfolgt. Dabei hat das Blatt es, ebendieser unterlassen, auch nur den Schatten eines Beweises für seine Beschuldigungen anzugeben. In dem letzten heute erschienenen Artikel verleiht sich das Blatt zu der Behauptung, daß der auswärtige Amt verweigere es, mit Herrn François-Poncet zusammenzukommen. Dabei sollte auch dem Verfasser nicht entgangen sein, daß der Botschafter noch vor ganz kurzer Zeit von dem Chef des Amtes, dem Herrn Reichskanzler, empfangen worden ist. Wir können nicht finden, daß abgeschmackte Angriffe dieser Art, ganz abgesehen davon, daß sie mit der Rücksicht nicht vereinbar sind, auf die der Vertreter einer fremden Regierung in jedem Lande Anspruch hat, der deutschen Sache und dem Ansehen der deutschen Presse draußen in der Welt förderlich sind.

Ein Aufruf der Deutschen Staatspartei.

Berlin, 14. Januar.
Die Deutsche Staatspartei veröffentlicht einen Aufruf, in dem es u. a. heißt: Auf einen Winter größter Not und Entbehrungen werden Wahlen folgen mit nie dagewesener Entfesselung der politischen Leidenschaften. Eine Partei, die jahrelang Haß und Zwietracht genährt hat, darf sich als Träger jugendlichen Idealismus be-

zeichnen. Gegen diesen drohenden geistigen und sittlichen Bankrott rufen wir in letzter Stunde auf zur Befestigung, zu reiflicher Abkehr von jedem Klassenkampf und Bruderhaß, zu wahrer Einmütigkeit auf dem Boden echter Volksgemeinschaft. Es gibt kein „System“, das abgewirtschaftet hat, kein „System“, das Kuffling bringen kann; sondern auf die Menschheit kommt es an, die immer wieder verfallen und verfallen werden, solange sie von Selbsthaß, Klassenhaß und Klassenhaß und politischen Leidenschaften ihrer Heil erwartet.

Die Stellung des Deutschen Landvolkes zur politischen Lage.

Berlin, 14. Januar.
Auf einer Versammlung der Landvolkpartei in Weine sprach heute der Führer des Deutschen Landvolkes v. Hauenschild-Tschirch. Er erklärte u. a.: Eine Einigung der Parteien auf Hindenburg wäre im Augenblick des Beginns der Tribulkonferenz eine starke Stützung der deutschen Außenpolitik auf der Konferenz in Dachau gewesen.

Im augenblicklichen Zeitpunkt den Reichstag einzuberufen, nachdem es nicht gelungen war, die Parteien auf eine einheitliche Linie in bezug sowohl auf die Reichspräsidentenwahl wie in bezug auf die außenpolitischen Verhandlungen zu bringen, mußte das Deutsche Landvolk aus nationalem Verantwortungsgefühl ablehnen. Der Reichskanzler hat sein „Nein“ gegenüber jeder weiteren Tributzahlung unmissverständlich ausgesprochen. Seit zwei Jahren hat der Kongreß die schweren Schäden der Tribullast abgeführt und dürfte sich der Tragweite dieser ausgesprochenen Willenskäuferei zweifellos voll bewußt sein.

Zu den agrarpolitischen Fragen betonte der Redner, daß der Schutz der bäuerlichen Erwerbswirtschaft mäßigster Beschleunigung und in ausreichendem Maße vorwärtsgetrieben werden müsse. Er befragte es, daß die Grüne Front und der Deutsche Landwirtschaftsrat die seit langem gestellten Forderungen des Deutschen Landvolkes mit Energie erneut aufgegriffen haben.

Der Stahlhelm für die Wiederwahl Hindenburgs.

Berlin, 15. Januar.
„Der Stahlhelm“, das Organ des Stahlhelm-Bundes, schreibt über die Bestrebungen zur Wiederwahl Hindenburgs u. a.:

„Selbstverständliche Voraussetzung wäre nach unserer Ansicht, außer der Zustimmung des Generalstabes, die Ausschaltung jeglicher Parteilichkeit, gleichgültig welcher Richtung, und die Durchführung des Wahlaktes in einer Form, die der menschlichen und historischen Würde Hindenburgs entspricht. Dazu wäre nötig:
1. die sehr rasche Vornahme der Wahl, da ja keinerlei Agitation voranzugehen braucht;
2. die Zurückstellung jeder anderen Kandidatur, so daß der Charakter der üblichen Wahlkämpfe vermieden wird und die Wahlschätzung den Stempel einer Kurzung erhält.
Es eine Schilderhebung des Generalstabes praktisch möglich ist, und wie sie im einzelnen durchzuführen wäre darüber ist im Augenblick schweigen besser als reden. Es ist in der letzten Zeit mehr geredet worden als dem deutschen Volk dienlich ist.“

Der Streit um die Gültigkeit der bayerischen Landtagswahlen.

München, 14. Januar.
Der bayerische Staatsgerichtshof hat am 14. Dezember 1931, wie seinerzeit gemeldet, die Anträge der nationalsozialistischen Landtagsfraktion gegen die Rechtsgültigkeit der Landtagswahl 1928 und der seit dem Ausschreiben der 15 Landtagsabgeordneten gefassten Landtagsbeschlüsse abgewiesen. Die Begründung des Urteils ist nunmehr veröffentlicht worden. In dem hauptsächlichsten Vortrag des Antragstellers, nämlich, daß nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofes vom 26. Februar 1931 die Landtagswahl 1928 fehlerhaft und der Landtag deshalb anfechtbar und (grundsätzlich) vernichtbar sei, sagt die Begründung:

„Daß in diesem Sache nicht ausgesprochen werden sollte, der Mangel des Wahlergebnisses müsse die Vernichtung der ganzen Landtagswahl zur notwendigen Folge haben, ist deutlich späteren Ausführungen über den Umfang der erst vom Landtag vorgenommenen Wahlprüfung zu entnehmen.“ Die Begründung gibt jene Ausführungen inhaltlich wieder. Nach eingehender Würdigung folgt die Urteilbegründung zusammenfassend: Alle Einwendungen der vom Landtag am 22. Oktober 1931 vorgenommenen Wahlprüfung erweisen sich als nicht stichhaltig. Die Anwendung des Gesetzes vom 26. Oktober 1931 auf den gegenwärtigen Landtag kommt überhaupt nicht mehr in Frage. Die hiergegen erhobenen Angriffe sind gegenstandslos. Dem Antrag, auch die Wahl der 113 Abgeordneten für rechtsgültig zu erklären, konnte demnach keine Folge gegeben werden. Damit erledigt sich auch der Antrag auf Ungültigkeitserklärung der vom Landtag seit dem 23. Oktober 1931 gefassten oder zu fassenden Beschlüsse.“

Tschechische Militärflugzeuge über Schlesien.

Breslau, 14. Januar.
Über Bad Rudowa in der Gegend von Glogau sind gestern, wie die „Breslauer Nachrichten“ melden, drei tschechische Militärflugzeuge gesichtet worden, die mehrere Male in 30 bis 40 Meter Höhe den Bahnhof umkreisten und nachher wieder der Grenze zu flogen. Die drei Flugzeuge waren vormittags kurz nach 10 Uhr aus nördlicher Richtung gekommen. Das Personal des Bahnhofs gibt an, die Flugzeuge seien so niedrig geflogen, daß man ein Unglück befürchtete. Das Personal des Bahnhofs hat dabei mit aller Bestimmtheit erklart, daß es sich um tschechische Militärflugzeuge handelte. Die Bahnhofsanlagen sind von der tschechischen Grenze rund 4 Kilometer entfernt.

Zeitungsverbot Die Wochenchrift „Das kämpfende Landvolk Ostpreußen“ in Adligsborg ist für vier Wochen verboten. Das Verbot erfolgte wegen zweier Artikel, in denen Reichsimplungen und Beschuldigungen der Reichsregierung und der preussischen Justiz enthalten waren und von denen einer geeignet ist, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gefährden.
Großer Wasser- und Sprengstoffbrand in Hagen in Westfalen. Wie das Hagen'sche Polizeipräsidium mitteilt, wurde am Donnerstag von Beamten des Polizeipräsidiums ein verheerendes Sprengstoff- und Wasserlager aufgefunden. Gefunden wurden über ein Zentner Sprengstoff, 770 Sprengkapseln, eine Menge Gewehre und Pistolen sowie Munition. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Die

R

polizeiliche Untersuchung ist noch im Gange. Die Verhafteten gehören der KPD an. Bisher sind 4 Personen festgenommen worden, darunter ein älterer Mann von 55 Jahren und drei jüngere im Alter von 30 bis 33 Jahren.

Bei einer politischen Schlägerei in Duisburg, die in einer nationalsozialistischen Versammlung zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten ausbrach, wurden mehrere Personen verletzt, einige mußten ins Krankenhaus geschickt werden. Die Polizei löste die Versammlung auf und nahm in den Straßen 60 Personen vorübergehend fest.

Deutsche Intervention in Warschau.

Der deutsche Gesandte in Warschau hat, wie wir von unabhängiger Stelle erfahren, bei der polnischen Regierung in Warschau wegen der Ausweisung der 70 Österrischen Familien aus dem Korridorgebiet interveniert. Die polnische Regierung hat schnellste Rücksprache der Angelegenheit und umgehende Wiedereingliederung zugesagt.

Die Entschädigung für die ehemaligen deutschen Ostseebesitzer in Estland.

Von den unabhängigen estnischen Ministern und den Bevollmächtigten der Republik der durch die estnische Agrarverfassung geschädigten deutschen Ostseebesitzer war am 13. Dezember 1931 in Rival ein Vertrag zur Regelung der Entschädigungsfrage abgeschlossen worden, der am 13. Januar von der estnischen Regierung bestätigt wurde; am gleichen Tage hat die deutsche Regierung ihr Einverständnis mit der Vereinbarung erklärt. Dem ist der Vertrag in Kraft getreten. Die ehemaligen Ostseebesitzer erhalten eine Entschädigung in Höhe von etwa vier Millionen RM, die ihnen teils in bar, teils durch Wertpapiere mit einer geschätzten Holzmasse zuzulassen.

Rußlands Bedingungen für Rumänien unannehmbar?

Die Korrespondenz Söldner meldet aus Bukarest, der rumänische Außenminister Prinz Ghila habe zu den Verhandlungen über den Abschluß eines Richtungsabkommens mit Sowjetrußland erklärt, daß die von Sowjetrußland geforderten Bedingungen unannehmbar seien.

Ein amerikanischer Finanzskandal?

Es scheint, daß ein großer Finanzskandal im Werden ist. Vor dem Finanzsausschuß des Senats der Vereinigten Staaten und der Regierungskontrollkommission in das Ausland prüft, ist mitgeteilt worden, daß das Staatsdepartement bei der National City Company darauf gedrungen, ein Darlehen an die Regierung von Kolumbien in Höhe von 20 Millionen Dollar zu gewähren, obwohl der amerikanische Handelsattaché ungünstig berichtet habe. Ferner wurde mitgeteilt, daß die Regierung von Kolumbien einige Tage vor Gewährung des Darlehens eine Petroleumkonvention im Werte von Hunderten von Millionen Dollar an die Gulf Oil Company gegeben habe, die von der Familie eines Mitgliedes der Regierung beherrscht wird. Das Staatsdepartement hat zwar energisch bestritten, an irgendeinem Transaktionshandel beteiligt gewesen zu sein, lichte aber die Unterbreitung der betreffenden Korrespondenz ab.

Die englische Regierung für eine Endlösung der Reparationsfrage.

London, 14. Januar.

Reuter meldet: Obwohl es unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht so aussieht, als ob eine endgültige Regelung der Reparationsfrage erfolgen könnte, würde doch, wie man zu wissen glaubt, die englische Regierung mit einer Zwischenlösung nicht zufrieden sein, die nur darauf hinausläuft, daß man auf der Stelle marschiert.

Die zuständigen amtlichen britischen Kreise unterstützen einmütig die Ansicht, daß ein langfristiges Moratorium nicht genüge. Es wäre besser, wenn man jetzt keine endgültigen Regelungen erlangen könne, einen Vergleich zu schließen, der die Endlösung beschleunigt, anstatt sie zu verzögern. Dieser Ansicht dürfte es zuzuschreiben sein, wenn die englische Regierung das Reparationsproblem publiziert und ihre Bemühungen darauf richtet, den Weg für eine glücklichere Stimmung frei zu machen, um dadurch eine endgültige Regelung in den Bereich des Möglichen zu rücken. Es gilt noch, eine vorläufige Einigung mit der französischen Regierung zu finden, und wenn es gelingt, mit Frankreich zu einer Verständigung zu kommen — die britische Regierung begt nach die Hoffnung, daß dies möglich sein wird —, so wäre ein allgemeines Abkommen zwischen den Ostseebesitzern in Lausanne umgehender erforderlich. Man glaubt zu wissen, daß die englische Regierung es vorziehen würde, wenn die Kriegsschuldenfrage in Lausanne nicht erörtert würde und sich die Konferenz einzig und allein auf das Reparationsproblem beschränken würde.

Die Kriegsschuldenfrage kann befriedigend ohne Amerikas Mitwirkung nicht diskutiert werden, und dieser Staat wird nicht einmal durch einen Beobachter in Lausanne vertreten sein. Im übrigen ist das Datum des 25. Januar feststehend. Man glaubt nicht, daß die Konferenz länger als eine Woche dauern wird.

In einem Aufruf des Wirtschaftsministeriums

desigen Keynes in der Wochenzeitschrift „New Statesman and Nation“ über die Konferenz von Lausanne heißt es: Die Lage ist noch nicht reif für eine endgültige Regelung in Lausanne in diesem oder im nächsten Monat. Es gibt mehrere Gründe, aus denen sie bestimmt unmöglich ist. Europa und Amerika werden von politischer Erregung beiderseits. Besonders können wir angesichts der Bedrohlichkeit von Wahlen in Frankreich und in Preußen sicher sein, daß die Staatsmänner weder des einen noch des anderen Landes heute die Zugeständnisse machen können, die sie vielleicht innerlich als weise erkennen, und die sie in einigen Monaten zu machen imstande sein dürften.

Die Beschlüsse, die in Lausanne zu fassen sind, könnten die folgende Form annehmen: 1. Ein Verzicht der Alliierten, Deutschland noch in diesem Jahre einen präzisen und endgültigen Vorschlag für die endgültige Befreiung seiner Verpflichtungen zu machen. 2. Eine Vereinbarung, die Entwicklung der Wirtschaftslage während weiterer sechs Monate zu beobachten, bevor dieses Angebot gemacht wird. 3. Im Hinblick auf diese Punkte eine Verlängerung des Moratoriums Deutschlands bis zum 15. Dezember und einer Verlängerung der Konferenz um sechs Monate.

Die Beschlüsse, die in Lausanne zu fassen sind, könnten die folgende Form annehmen: 1. Ein Verzicht der Alliierten, Deutschland noch in diesem Jahre einen präzisen und endgültigen Vorschlag für die endgültige Befreiung seiner Verpflichtungen zu machen. 2. Eine Vereinbarung, die Entwicklung der Wirtschaftslage während weiterer sechs Monate zu beobachten, bevor dieses Angebot gemacht wird. 3. Im Hinblick auf diese Punkte eine Verlängerung des Moratoriums Deutschlands bis zum 15. Dezember und einer Verlängerung der Konferenz um sechs Monate.

Die Beschlüsse, die in Lausanne zu fassen sind, könnten die folgende Form annehmen: 1. Ein Verzicht der Alliierten, Deutschland noch in diesem Jahre einen präzisen und endgültigen Vorschlag für die endgültige Befreiung seiner Verpflichtungen zu machen. 2. Eine Vereinbarung, die Entwicklung der Wirtschaftslage während weiterer sechs Monate zu beobachten, bevor dieses Angebot gemacht wird. 3. Im Hinblick auf diese Punkte eine Verlängerung des Moratoriums Deutschlands bis zum 15. Dezember und einer Verlängerung der Konferenz um sechs Monate.

Leitnahme Frankreichs an der Lausanner Konferenz nur nach Verständigung mit England und Deutschland?

London, 14. Januar.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ glaubt zu wissen, daß der französische Ministerpräsident Laval gewissen ausländischen Botschaftern in Paris zu verhehlen gegeben habe, Frankreich werde an der Lausanner Konferenz nur teilnehmen, wenn es eine vorherige Verständigung mit Großbritannien und Deutschland erreicht habe.

Internationale Umfrage über die Aufgaben der Abrüstungskonferenz.

Paris, 14. Januar.

Die politische und literarische Wochenzeitschrift „Les Annales“ veröffentlicht in ihrer morgigen Erscheinenden Nummer die Antworten verschiedener Persönlichkeiten auf die Forschungsfrage: „Sollen wir abrüsten?“

Der englische Premierminister MacDonald

erklärt u. a.: Daß nach dem letzten Kriege wir alle bis an die Zähne bewaffnet sind in einem wichtigen Bemühen um Sicherheit, daß unsere nationalen Instanzen von Steuern erbrückt werden, um nur die Abhängigkeiten aufzuheben zu können, für die der Beweis erbracht wurde, daß wenn sie im Übermaß angewendet würden, sie weder für die Erzeuger noch für die Konsumenten nützlich und Ruhe schaffen, daß es eine der eigenartigen Eigenschaften der Welt ist, daß die Nationen sich immer noch tödlichen lassen, wenn sie weder den Mut noch die Klugheit besitzen, den gesunden Weg des gesunden Menschenverstandes zu gehen.

Der englische Innenminister Sir Herbert Samuel

erklärt: Die feierliche Verpflichtung, für die Ab-

rüstung einzutreten, wie sie im Völkerbundstatut angenommen wurde und auch in Versailles bestätigt wurde, ist die Erfüllung der höchsten Pflichten an Deutschland sowie im Protokoll von Locarno enthalten ist, wird erfüllt werden müssen. Die Abrüstungsmaßnahmen haben allgemein und gleichzeitig zu erfolgen. Die Behauptung, bereits in einem nennenswerten Maße abgerüstet zu haben, ob es sich um eine Behauptung von englischer, französischer oder anderer Seite handelt, muß gemeinsam Punkt für Punkt geprüft werden. Die Sicherheit muß in einer Senkung und nicht in einer Erhöhung des Rüstungsstandes gesucht werden, und man muß sich vergewissern, daß überall der Verzicht auf den Krieg wachst.

Der deutsche Delegierte der Vorbereitenden Abrüstungskommission Graf Bernstorff,

betont: Die allgemeine Abrüstung ist eine der gebietertischen Notwendigkeiten unserer Zeit und stellt auch eine der wichtigsten Aufgaben des Völkerbundes dar. Die Verwirklichung dieser wichtigsten allgemeinen Abrüstung ist

gegenwärtig eine Frage auf Leben und Tod für den Völkerbund.

Reichswehr- und Innenminister Dr. Götter

äußert sich: Deutschland hat Anspruch auf gleiche Behandlung wie alle anderen Länder. Es hat Anspruch auf den gleichen Sicherheitsgrad und die gleiche Abrüstungsmethode. 1919 hat es die feierliche Zusicherung erhalten, daß die anderen Länder ihm auf dem Wege, den es durch die feierliche Abrüstung beschritten hat, folgen werden.

Der polnische Außenminister Jaksch

teilt für die von der polnischen Regierung auf der letzten Völkerbundtagung gemachte Anregung ein: Durchführung der moralischen Abrüstung und Organisierung eines Systems gegenseitigen Vertrauens gegen einen eventuellen Angreifer.

Der japanische Delegierte beim Völkerbund, Sawada,

glaubt, daß die Abrüstung kommen werde, ist aber auch der Ansicht, daß sie nur nach und nach durchgeführt werden kann. Man dürfe nicht zu optimistisch sein; wenn die Hoffnungen zu groß seien, könne die Enttäuschung nicht ausbleiben.

Der Führer der indischen Bewegung Gandhi,

rufft den Staatsmännern zu, sie müßten jetzt entscheiden, ob man am Vorabend einer neuen Weltstufe stehen dürfe. Sie dürften nicht unterlassen, um eine gewaltige Katastrophe zu verhindern.

Japan übernimmt die Kontrolle eines Teiles der Peking—Nankin-Bahn.

Paris, 14. Januar.

Wie die Agentur Japopacific aus Peking berichtet, habe Japan trotz englischer Proteste die Kontrolle über die Eisenbahnstrecke Peking—Nankin übernommen, und zwar von der Straßenbahn bis nach Nankin. Geplant werde von den Japanern von jetzt ab ein Fern-Straßenbahnnetz. Die Behörden haben das chinesische Personal durch japanische Angestellte abgelöst.

London, 14. Januar.

Der japanische Botschafter Masuda übermittelte heute nachmittag auf dem Foreign Office in einer Verbotsnote die Antwort seiner Regierung auf die Forderung Englands nach Zusicherungen bezüglich der japanischen Politik in der Mandchurien.

Antifaschistischer Bombenanschlag in Südfrankreich. In Nubagne bei Marseille wurde gestern abend in einem Restaurant eine Bombe geworfen. Der Besitzer des Restaurants und zwei Gäste wurden leicht verletzt. Da sich über dem Restaurant die Geschäftsräume einer Fabrik befanden, glaubt man, daß es sich um ein antisowjetisches Attentat handelt. Zwei Italiener sind verhaftet worden.

Arbeiterstreik in der schwedischen Metallindustrie. Der Arbeiterverband hat beschlossen, die Arbeiter in den Eisenhütten und den Maschinenfabriken auszusperrten, wenn bis zum 24. Januar in dem schwedischen Vorkriegs keine Einigung zustande kommt. Von einer Ausperrung würden rund 90 000 Arbeiter betroffen werden.

Schweizer Maßnahmen der Schweiz im Zusammenhang mit Österreich und Ungarn. Zur Durchführung der mit mehreren Ländern getroffenen Verabredungen bezüglich der Bundesbank u. a., daß Schweizer Firmen, die aus Österreich oder Ungarn Waren einführen, verpflichtet sind, die Zahlungen dafür an die Schweizerische Nationalbank zu leisten. Auch Überweisungen von einer schweizerischen Bankgesellschaft in diese Länder können nur durch die Schweizerische Nationalbank erfolgen.

Geschichten vom Schöpfer des „Evangeliummes“.

(Zu Wilhelm Kienzl 75. Geburtstag, 17. Januar.)

„Komponist Sr. Majestät des deutschen Volkes“ — diesen Titel möchte Kienzl, dieser vollkündliche Meister, gern für sich in Anspruch nehmen, wie er in seiner Selbstbiographie gelagt hat, und hoch froh ist trotz der schmerzlichen Zeiten auf sein Leben und Schaffen zurück: „Das Paradies meines Elternhauses erlebte eine Neugeburt in meinem an Erinnerungsmaßen reichen Wiener Heim. Und wie ich fröhlich arbeitete, musizierend lebend und mit Gleichgesinnten plaudernd in meinem Arbeitszimmer, in dem „Neuwerker“ Hantel dringehaupt“ erscheint, und lasse ich meine Augen über die vom verfallenden Licht des Spätnachmittags überstrahlten bunten Bücherregale schweifen oder blicke ich in den Altweiner Hof hinab und in das hille Hausgärtchen mit seinem Viehweiden-Pavillon, so wohnt der Geist des längst Dahingegangenen in mir auf, und ich genieße das Glück einer schönen Vergangenheit und einer womöglich noch schöneren Zukunft.“ Freude und Feierlichkeit haben von Anfang an dieses glückliche Talent auf seiner Lebensbahn begleitet. Bezeichnend dafür ist eine unmutige Erinnerung, die Peter Wolleger feinerzeit in seiner Zeitschrift „Neumarkt“ unter dem Titel „Meister Kienzl“ veröffentlichte. Als er zuerst in das Haus des damaligen Bürgermeisters Dr. Kienzl kam, da stimmte einem Abends ein überaus lebhaftes Klavierkonzert Büchsen zu Tär herein, eine Melodie juchend, eilte auf das Klavier zu und entließ ihm mit jabelhafter Fingerfertigkeit einen Strom jubelnder Töne. Was mag doch dem für ein unerwartetes Glück widerfahren sein? dachte ich. Es war aber nichts Außerordentliches, es war seine gewöhnliche Stimmung, die Freude, daß er lebte und daß es eine glückliche Zukunft gibt. Den Jungen vorstellend, rief die Frau Bürgermeisterin aus: „Das ist unser Kienzl!“

Seitdem hat „Gulian“ für mich ungefähr den Rang wie das herodes heitere Leben eines innig glücklichen Menschen. Eine Begegnung mit Gulian bedeutet für mich fast Anregung und Trost, und seine Werke fast mit gutem Gewissen Freude und Erhebung genossen.“ So wirkte der junge Kienzl, und dieses Leitmotiv seines Lebens hat er festgehalten.

Aber die Art seines Schaffens hat er selbst berichtet: „Ich arbeite teils im Kopf, teils am Klavier. Ein Haupterfordernis ist mir dabei völlige Ruhe. Ungehörlichkeit und vor allem — Unablässigkeit. Der Werkprozess war mit fast etwas Heiligem, das profanen Augen und Ohren nicht preisgegeben werden soll. . . . Ich pflege bei meinen Opern nur eine einzige Reihenfolge zu machen, erst völlig Eigenartig, absonderlich, meist in zwei oder drei Motiven, dann immer wieder sich mit Noten füllend, die sich im Laufe der thematischen und instrumentalen Arbeit entwickeln, über- und durcheinander in die Linien drängen, so daß dieses kurze Motivenbild für einen anderen als für mich kaum zu entschlüsseln ist. Aus diesem überaus persönlichen Musikstil, in das mit Liebe die Instrumentierungswerkzeuge eingetragenen werden, entsteht dann die tabellarisch sauberste Reihenfolge der Partitur.“ Besonders bezeichnend für diese Arbeitsweise Kienzls ist die Aufstellung seines berühmtesten Werkes, des „Musikalischen Schachspiels“, „Der Evangeliummes“. Im Juli 1898 verbrachte er, der damals Kapellmeister im Münchner Hoftheater war, seinen Urlaub im Solthunger Wäldchen, und hatte als Resultat eine auch ein Reichsständchen mitgenommen. „Aus den Papieren eines Reichsständchens“ von Dr. Leopold Florian Weisner. Seine Frau las darin und ihr fiel besonders die Geschichte vom „Evangeliummes“ auf, in der sie eine feste dramatische Wirkung fand. Auch Kienzl wurde von dem Inhalt ergriffen, dachte aber zunächst nicht im mindesten daran, daß das ein Opernlibretto sein könnte. Während des Schlafes in der folgenden Nacht ließ ihn aber das Schicksal des unglücklichen

Motivbilds Brandhofer nicht in Ruhe. „Des Ranges erwerbend, sprang ich aus dem Bette“, so schildert er selbst die Entfesselung des Werkes. „Ohne mich erst anzuleiden, eilte ich zum Tischchen, das in der Ecke des Zimmers stand, raffte das zunächst liegende Papier, ergriff den Bleistift und schrieb — und schrieb. Es war ein Wälzen, ein Wälzen, wie ich es nie vorher und nie später mehr so heftig zwangvoll empfunden habe. In längster Zeit hatte ich mir die Überfälle von der Seele geschrieben: der dramatische Entwurf war fertig. Mit Mühseligkeit blühte ich heute auf die erregten Schreie, die wiederholt von kurzen musikalischen Sätzen unterbrochen sind; erinnere ich mich doch genau daran, daß ich meine Erregung an gewissen Stellen nur durch den Ton bezeichnen konnte. Es war mir gerade so, als wenn mir jemand den Entwurf ungeniebt wach in die Feder diktiert hätte. Dann ging es an die Ausarbeitung des Textes und die musikalische Gestaltung, die in Gas von Mitte Oktober 1899 bis Mitte Januar 1904 vollendet wurde. Wie habe ich ein Werk in so ununterbrochener Arbeit und mit so unabweislichen Schreien und wiederholten wie dem „Evangeliummes“, zu dem mir die Gedanken nur so zukamen. Ich erinnere mich beispielweise, die Kopierszene des ersten Aktes tatsächlich in sechs Minuten in einer — natürlich überaus flüchtigen — Skizze auf Papier geworfen zu haben. Die Ereignisse bezeugten mich davon, daß ich mit dem Schreiben kaum folgen konnte.“ Dieses so glücklich begonnene und vollendete Werk hatte denn auch einen sehr großen Erfolg und machte Kienzl zum weitberühmtesten Komponisten.

Kammerkonzert im Ringtheater. Kapellmeister Dr. Leonhard Prinz, der sich in Brno schon auf verschiedenen Gebieten erfolgreich betätigt hat, leitete gestern die erste Aufführung des „Collegium musicum“, das der Dirigent des „KTR“ angeleitet werden ist. Bedeutende Solisten sind: Bach, waren als „Kammermeister“ des Programms beliebt. Von

Hr. Fr. Hoff, dem Festher Hofkapellmeister, hätte man eine Streicher-Sonate, von Herrn Haber Richter, dem Mitbegründer der Mannheimer Schule, eine Kammeropernsonate. Beide Werke bieten neben dem Symphonie ihrer Zeit, noch Form und Inhalt die Meisterhand. Dazwischen hätte man von Margarete Kuhnerts-Sperch Westtanz und Streich-Trie der Kleopatra und Händels „Julius Caesar“ in guter dramatischer Wiedergabe. Des weiteren spielte Organist F. Walde, der an dieser Stelle schon wiederholt auftrat, die A-Moll-Sonate mit Fuge von Seb. Bach und Bernhard Günther das Konzert in G-Moll für Viola da gamba. Ramentlich „Gnade“ und „Sarrabande“ ließen die Vorgabe der Kunstfertigkeit der geschäftigen Geister auch in der Beherrschung des historischen Instrumentes wirkungsvoll aufklingen. Das Konzert war gut besucht und der Beifall regte.

Theaterkonzert in Nürnberg. Im Intimen Theater wurden bei der Aufführung des Komödien „Verbotene Liebe“ mehrere Stintomben geworfen und die Aufführung durch Zwischenspiele gestört. Die polizeilichen Aufschreibern nahmen fünf Raubeisierer fest. Das Glück konnte noch länger Warte ohne weitere Zwischenfälle zu Ende gespielt werden.

Die geistliche Bibliothek. Wie aus Washington berichtet wird, ist die dortige Kongreß-Bibliothek jetzt die zweitgrößte der Welt; sie zählt 4 282 288 Bände und wird nur noch von der Kaiserlichen Nationalbibliothek übertraffen. Der Zugang im letzten Jahre belief sich auf 199 332 Bücher, von denen 1793 aus der Bibliothek des letzten Jahres stammten.

Kreis von Bernard Shaw. Bernard Shaw, der am 11. Januar an Bord des Dampfers „Cormorant“ von Genua in Kapstadt eintraf, teilte mit, daß er während der Reise sein neues Buch „Eunaut, um treu zu sein“ vollendet und das es jetzt zur Veröffentlichung fertig ist. Das neue Werk soll die Jahre, die unmittelbar auf den Krieg folgten, behandeln und eine Satire auf die „neuen Religionen“ sein. Den größten Teil seiner

Zwei Jahre Niederwartha.

Baugen-Ströben noch auf 1048 RM. belaufen. — Aus Reichsfondsmitteln hat der Bezirk Ende Dezember anhalt der beantragten 50 000 RM. nur eine Beihilfe von 30 000 RM. erhalten. Ein neues Beihilfengesuch ist im Gange. — Nach der Dezemberrate aus der Reichshilfe zur Erleichterung der Wohlfahrtsarbeiten ist voll, die fünfte Monatsrate der Landesmittel zum Teil mit den Rückständen auf das Krisenkontingent verrechnet worden. Dem Vorschlag ihrer Verteilung auf den Bezirk und die Stadt Bischofswerda wurde zugestimmt. — Von der Verordnung des Finanzministeriums vom 18. Dezember 1931 über die Unzulässigkeit der Verwendung der Kraftfahrzeuge zu anderen Zwecken als zum Wegbau wurde Kenntnis genommen. Im Baugener Bezirk ist diese Steuer bisher durch Bestimmungsgemäß verwendet worden. — Für die Dp-Hilfe liegen 817 Voranmeldungen mit einem begehrteten Darlehensbetrag von rund 10 Mill. RM. und 283 Anträge vor. Von letzteren sind noch unerledigt 234 Anträge; 44 wurden abgelehnt; nur 5 Anträge haben bisher Berücksichtigung gefunden. Ka Mittelmitteln stehen für den Baugener Bezirk nur 315 000 RM. — 8 Proz. der Voranmeldungen zur Verfügung. Für das Sicherungsverfahren liegen im Bezirk 261 Anträge vor; 65 Verfahren sind bis jetzt eröffnet worden. — Die Bismarckstraße ist im südwestlichen Teile des Bezirkes weit verbreitet. Es wurden im verfloßenen Jahre 466 Stöße erfolgt. — Infolge eines mit Regen und gleichzeitiger Schneeschmelze verbundenen plötzlichen Wasseranstiegs führten in der Zeit vom 4. bis 6. Januar d. J. alle Flüsse des Bezirkes Hochwasser. Doch richtete es im allgemeinen keine größeren Schäden an. Größere Schäden sind nur an der neu regulierten Stelle der Spre bei Reuditz entstanden. Der Gesamtschaden im Spregebiet ist vorläufig auf 70 000 RM. veranschlagt worden. Es ist beabsichtigt, den bisherigen Schlüssel für die Erhebung der Bezirksumlage abzuändern; die Beschlußfassung über eine neue Satzung wurde im Hinblick darauf, daß nach Mitteilung des Verbandes der Bezirksverbände möglicherweise eine gewisse Änderung des § 32 Abs. 3 des Finanzausgleichsgesetzes vorgenommen werden wird, zunächst noch ausgesetzt. Angesichts der allgemeinen Preissteigerung haben sich die Schornsteinfegermeister des Bezirkes mit einer fünfprozentigen Senkung der Rehröhne bereits einverstanden erklärt. Der Bezirksausschuß beschloß eine weitere Senkung um nochmals 5 % von dem Zeitpunkt an, zu dem die Rehröhne herabgesetzt werden, spätestens aber vom 1. Februar 1932 ab. Mit Rücksicht auf das Vorgehen benachbarter Bezirksverbände ist eine Revision der Richtsätze für die gebotene Fürsorge in Erwägung zu ziehen. Die Entscheidung darüber wurde bis zur nächsten Sitzung ausgesetzt; es soll versucht werden, hinsichtlich der Unterhaltungsrichtsätze die Einheitlichkeit in den Bezirksverbänden der Bauzögler, die sich bisher aus-besondere bemüht hat, aufrechtzuerhalten. Eine Einheitlichkeit des Vorgehens wurde auch in der Frage der Erhaltung der Kanalarbeit auf die Leistungen der Alters- und Invalidenversicherung bei Unterhaltungsarbeiten (evtl. Übernahme der Beiträge auf den Bezirksfürsorgeverband) als erstrebenswert bezeichnet.

Es fanden weiter noch 14 Punkte von nur örtlicher Bedeutung (Gemeinde- und Gewerbesachen usw.) Erledigung. — Am die öffentliche Sitzung schloß sich eine nichtöffentliche an.

Strassenperrung.

Die unter 6. Januar d. J. beantragte Verkehrsbeschränkung zwischen km 2,1 und 2,8 der Zwickauer-Schwarzenberger Staatsstraße in Riesa wird mit sofortiger Wirkung wieder aufgehoben.

Neuer Artillerieführer. Zum Nachfolger des mit Ablauf des Monats Januar aus dem Militärdienst ausscheidenden Artillerieführers IV, Generalmajor v. Köhnenhausen, wurde Generalmajor v. Böden beim Etat des Gruppenkommandos I, ernannt.

Kreisbauernschaft Dresden.

Freiberg. (Tariffestung.) Nach dem Vorgehen Dresdens werden nunmehr auch in Freiberg die städtischen Werkstoffe mit sofortiger Wirkung geliebt, und zwar der Wasserzins von 30 auf 29 Pf., der Gaspreis von 22 auf 20 Pf., und der Strompreis von 45 auf 43 Pf. Damit sind die durch Preissteigerung, Lohn- und Gehaltsabstand erzielten Haushaltsparnisse wieder voll angezogen. Der Rat genehmigt ferner die Herstellung eines Grünkreuzes an der Weststraße im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes.

Freital. (Tariffestung.) Der Stadtrat beschloß in seiner letzten Sitzung eine Herabsetzung der Gebühren für die Totenbestattung und der Körperpflege in den städtischen Anstalten.

(Höhere Lehraufstellung.) Das Volkshochschulministerium hat die Errichtung der Sexta in der öffentlichen Höheren Lehranstalt genehmigt.

Reuditz. (Wahlen.) Zum Stadtverordnetenvorsteher wurde einstimmig Stadtrat Postmeister Pagitz und zu dessen Stellvertreter Stadtverordneter Drögele Radner wiedergewählt. Die Wahl der Schulräte fiel wieder auf einen Beamten der Stadt und die Stadtverordneten Bauer und Köder.

(Nothilfe.) Bisher konnten hier 1600 Portionen Mittagessen zum Werte von 20 Pf. pro Portion verabreicht werden. Diese Entschädigung, wofür 240 Portionen zu veranschlagen, wird sich bis Mitte März aufrechterhalten lassen. Überdies konnten jedem Hilfsbedürftigen Gutscheine im Werte von 5 bis 10 RM. zur Verfügung gestellt werden.

Kommunale (Wahlen.) In der ersten Stadtverordnetenversammlung im neuen Jahre gab Bürgermeister Benndorf einen Rückblick auf die kommunale Arbeit im Jahre 1931. Zum Vorsteher wurde Rechtsanwalt Hagerland wiedergewählt, beizugehörig die übrigen Ortsmitglieder.

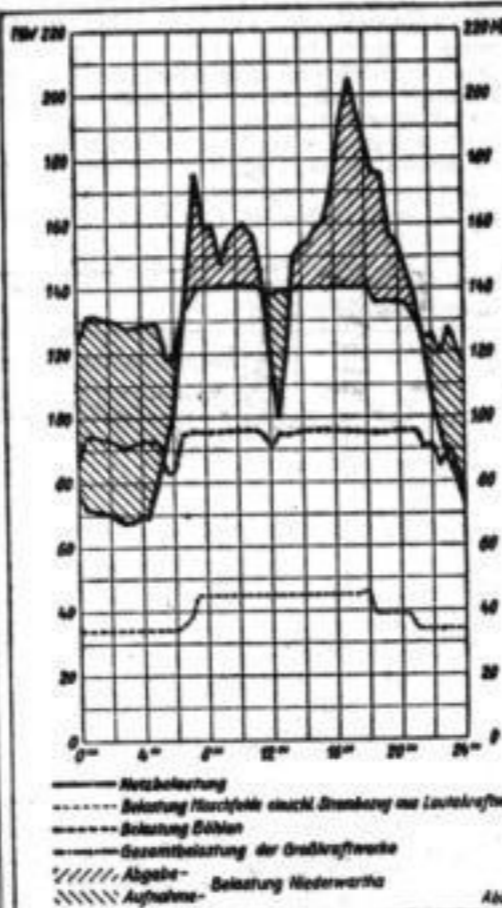
Witzsch. (Hausbesitzerverein.) Der Hausbesitzerverein Witzsch hat im Schützenhaus die Feier seines fünfzigjährigen Bestehens. Die Festschrift hielt Reichstagsabgeordneter Dr. Schneider.

Tharandt. (Ehrenbürger.) In Anerkennung ihrer Verdienste um das Wohl der Stadt wurde hier Bürger, und zwar Geh. Hofrat Prof. Groß, Stadtrat Raden, Stadtrat Vogel und Geh. Sanitätsrat Dr. Haupt, das Ehren-

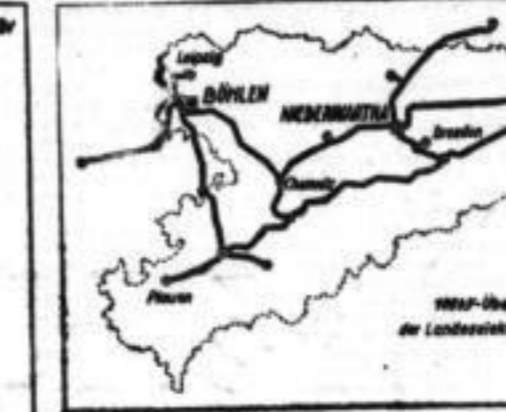
Das Pumpspeicherwerk Niederwartha ist seit seinem Bestehen in der Öffentlichkeit und auch in der Presse sehr häufig kritisch behandelt worden. Die Anlagen selbst und ihre Wirkungswerte dürften allgemein bekannt sein. Es sei nur wiederholt, daß für die Durchführung und Finanzierung des Werkes von der Aktiengesellschaft Sächsische Werke und der Stadt Dresden eine besondere Gesellschaft, die „Energieversorgung Groß-Dresden A.-G.“ gebildet worden ist, an deren Aktienkapital die A.S.W. und die Stadt bzw. an ihrer Stelle nunmehr die Dresdener Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke A.-G. je zur Hälfte beteiligt sind. Die Ausnutzung des Werkes für die beiderseitigen Bedürfnisse erfolgt gemeinsam.

Nachdem nun seit seiner Inbetriebnahme rund zwei Jahre verfloßen sind, kann über die tatsächliche Ausnutzung der Anlage des Werkes für die Landeselektrizitätsversorgung folgendes mitgeteilt werden:

Die Anlagen des Werkes haben sich während der zweijährigen Betriebszeit technisch in jeder Hinsicht bewährt. Seine Ausnutzung zur Deckung des Strombedarfes ist aus der nachstehenden Abbildung I ersicht-



lich. Die in dieser Abbildung dargestellten Belastungslinien geben ein Bild darüber, wie das Pumpspeicherwerk an der Deckung des Leistungsbedarfes der Landeselektrizitätsversorgung an einem Wochentag, — beispielsweise am Mittwoch, den 2. Dezember 1931 — während der 24 Tagesstunden beteiligt war. Die ausgezogene Linie stellt die während der einzelnen Tagesstunden aufgetretenen Belastungen des Landeselek-



In Abbildung 2 sind die Dampf-Großkraftwerke Hirschfelde und Wöhren, das Pumpspeicherwerk Niederwartha und das 100-kV-Übertragungsnetz dargestellt. Das Übertragungsnetz dient dem Zweck, den elektrischen Strom von diesen Werken nach den Verbrauchergebieten des Landes zu übertragen. Eines der hauptsächlichsten Verbrauchergebiete liegt in Sachsen, etwa in der Mitte des Landes, bei Dresden. Aus der Abbildung ergibt sich mit einem Blick, daß das Pumpspeicherwerk viel näher diesem Verbrauchergebiete liegt als die beiden Großkraftwerke, die bei den Verbrauchsvorkommen im äußersten Osten und Westen des Landes errichtet werden mußten.

Das Pumpspeicherwerk ist daher für das Übertragungsnetz ein wichtiger Speisepunkt und erhöht dessen Leistungsfähigkeit ganz erheblich. Es entlastet somit nicht nur die Großkraftwerke der A.S.W. und das Fernheiz-Dampfkraftwerk in Dresden, sondern auch das Übertragungsnetz der Landeselektrizitätsversorgung. Dadurch können die Anlagen entsprechend kleiner bemessen und somit wirtschaftliche Ersparnisse an Baukosten erzielt werden.

Die damit erzielten Geldbeträge sind erheblich höher als die Baukosten des Pumpspeicherwerkes.

Für die umfangreichen wasserbaulichen Anlagen des Pumpspeicherwerkes konnten in erheblichem

Maße Arbeitslose beschäftigt werden. Seitens der Produktion Erwerbslosenfürsorge werden daher ein nicht unerheblicher weiterer Nachholungsbeitrag und ein Darlehen zu billigen Zinssätzen zur Verfügung gestellt. Der Zuschuss und das Darlehen betragen ungefähr die Hälfte des gesamten Baukapitals von rund 28 Mill. RM. Diese günstige Finanzierungsmöglichkeit würde für den entsprechenden Ausbau der Pumpspeicherwerke und des Übertragungsnetzes nicht gegeben gewesen, weil bei diesen Anlagen weit mehr in dem Umfang hätten Erwerbslose beschäftigt werden können.

Beim Pumpspeicherwerk Niederwartha handelt es sich um Wasserbauten, die eine verhältnismäßig sehr lange Lebensdauer besitzen, lerner um Wasserkraftmaschinen, deren Abnutzung ebenfalls viel geringer ist als die von Dampftraktoren. Neben der billigen Geldbeschaffung hat infolgedessen Niederwartha auch noch den Vorteil, daß für seine Anlagen verhältnismäßig wesentlich geringere Abschreibungen notwendig sind. Dieser Vorteil der niedrigeren Zinsen und Abschreibungen kommt infolgedessen noch zu dem Vorteil der niedrigeren Baukosten hinzu.

Die durch das Pumpspeicherwerk ermöglichte gleichmäßige Belastung der Dampftraktoren sowie der Übertragungsanlagen verbilligt aber ferner auch die Betriebskosten. Durch diese Verbilligung werden die zuzulassenden Betriebskosten des Pumpspeicherwerkes einschließlich der durch das Hochpumpen des Wassers und die mechanische Energieumsetzung entstehenden Verluste zum größeren Teil wieder ausgeglichen.

Im ganzen betrachtet haben sich die für die Errichtung des Pumpspeicherwerkes vorgesehenen Erwartungen in jeder Hinsicht erfüllt. Das Pumpspeicherwerk ist eine durchaus

wirtschaftliche Anlage. Aber auch hinsichtlich der Betriebssicherheit der Stromversorgung hat das Pumpspeicherwerk nicht unerhebliche Bedeutung. Die Maschinen und die dazugehörigen Anlagen des Pumpspeicherwerkes lassen sich in kürzester Zeit in Betrieb nehmen. Bei Ausfall von Röhren oder Maschinen der Dampftraktoren oder der Leitungen des Übertragungsnetzes kann das Pumpspeicherwerk sofort einspringen. Diese Möglichkeit ist besonders wichtig während der Gewitterzeiten, da es der Technik noch nicht gelungen ist, die Einwirkung von Blitzen auf die Fernleitungen in jedem Falle auszukümmern. Wird durch den bei der Landeselektrizitätsversorgung eingerichteten Gewitterstromschutz ein bevorstehendes Gewitter in Niederwartha gemeldet, so werden dort sofort weitere Maschinen in Betrieb genommen, um nötigenfalls bei Ausfällen eines Teiles des Übertragungsnetzes die Stromlieferung zu übernehmen.

Da auch für die fernere Zukunft kaum anzunehmen ist, daß Belastungsspitzen bei der Elektrizitätsversorgung nicht mehr auftreten, wird die Anlage in Niederwartha auch bei weiterer Zusammenfassung der Elektrizitätsversorgung Deutschlands ein wirtschaftliches und wertvolles Glied der Elektrizitätsversorgungsanlagen bilden. Die Anlage wird infolgedessen auch bei fortwährender Zusammenfassung und auch bei weiterer Entwicklung der Technik viel weniger der Befragung unterliegen als viele Dampftraktoren.

bürgerrecht verliehen. Die Genannten haben sich seit vielen Jahren als Stadträte bzw. Stadtverordnete im Dienste der Stadt bedient.

Kreisbauernschaft Leipzig.

Stommeln. (Wahlentscheid.) Am 8. Januar 1932 wurde in Vorherrschaft der Bauernschaft der Staatsrechtler Samuel Wulendorf geboren. Ihm zu Ehren war am Sonntag in der Kirche Leisnisdorf eine vom Erbgüterverein geleitete Gedächtnisfeier abgehalten worden. Auch die Färrenschule, der P von 1645 bis 1650 angehöre, gebaute am Mittwoch in einer besonderen Feier ihres größten Annahmes.

Leipzig. (Arbeitsmarkt.) Unter dem Einfluß der winterlichen Jahreszeit und den weiteren Auswirkungen der Kapital- und Arbeitskräftemangel haben sich die Arbeitslosenverhältnisse des Leipziger Wirtschaftsbereiches von 110 713 am 15. Dezember 1931 auf 115 905 am 1. Januar, das sind 33 Proz. aller berufstätigen Arbeitnehmer unseres Bezirks. Die Zunahme in der Berichtzeit beträgt 4,7 Proz., für den Prellaat Sachsen in der gleichen Zeit 6,4 Proz. und für das Deutsche Reich 5,8 Proz.

Schlag. (Fleischpreise.) Die fleischigen Tiere haben die Verkaufspreise für Rind- und Schweinefleisch durchschnittlich um 10 Prozent gesunken.

Wahlitz. (Wahlen.) Die Stadtverordneten wählten in ihrer ersten Sitzung, nachdem Bürgermeister Hermann den Jahresbericht erstattet hatte, ihren bisherigen Vorsteher Huhn (Bürger) wieder **Reuditz.** (Kommunales.) In der ersten Sitzung der Stadtverordneten im neuen Jahre wurde Bürgermeister Langer zum Vorsteher, Stadtverordneter Thieme zum Stellvertreter gewählt. Der Antrag, die Strom- und Wasserpreise um 50 Proz. zu senken und eine Mietbeihilfe von 50 Pf. zu gewähren, wurde an den Technischen Ausschuß verwiesen.

Kreisbauernschaft Chemnitz.

Chemnitz. (Kommunalesprojekte.) Die für den 20. Januar angelegte gemeinsame Hauptversammlung gegen den der A.S.W. angehörenden Bauarbeiter Hans Julius Binz, der beschuldigt wird, bei dem nationalsozialistischen Gausang am 6. Juni d. J. in Chemnitz die beiden Nationalsozialistischen Steindach und Gausche erdrossen zu haben, ist bis auf weiteres verschoben worden. Es sollen neue wichtige Tatsachen aufgedeckt sein, die erst einer gründlichen Prüfung unterzogen werden müssen.

Kreisbauernschaft Baugen.

Baugen. (Wirtschaftsfall.) Am Dienstag hielten die Nationalsozialisten im Saale des Volkshauses „Stadt Dresden“ eine Erwerb-

solensversammlung ab. Es hatten sich etwa 300 Personen eingefunden, darunter auch zahlreiche politische Andersdenkende. Das Referat des nationalsozialistischen Bezirksleiters Hymann wurde bereits dauernd durch Zwischenrufe unterbrochen. In der Debatte entfiel jedoch derartiger Wurm, daß die Versammlung abgebrochen und der Saal von der Polizei geräumt werden mußte. Im Anschluß an die Versammlung kam es auf den Straßen verschiedentlich zu Anstößigkeiten zwischen den politischen Gegnern, doch griff die Polizei jeweils ein, ehe es zu ernsthaften Zwischenfällen kam.

Jittau. (Selbstmord.) In seiner Wohnung hat sich der 44-jährige Direktor der A. G. Socialtätbauerei Jittau, Witzsch, erschossen. In einem hinterlassenen Brief gibt er an, daß er die Tat aus Furcht vor dauerndem Siedium begangen habe.

Bermischtes.

Bergwerkunglück in Oberfranken. Auf dem Hermann-Schacht der Königin-Luise-Graube, Ostfeld in Dinsladingen ereignete sich heute nacht ein schweres Unglück. Zwei Bergleute wurden durch giftige Gase getötet, sieben erkrankten so schwer, daß sie in das Knappschaftshospital eingeliefert werden mußten. Zwei weitere Bergleute konnten leider erst nach zwei Stunden geborgen werden. Wiederbelebungsversuche hatten keinen Erfolg.

Raubüberfall auf einen Berliner Juwelier.

Ein schwerer Raubüberfall wurde gestern von Katoledern auf das Juwelergeschäft von Häßelmann in Lichtenberg verübt. Die Verbrecher schlugen die Scheibe ein, bedrohten den Inhaber mit Pistolen und raubten für 10 000 RM. Wertgegenstände. Die Räuber sprangen in die wartenden Autos zurück. Auf die lauten Rufe des Juwelers eilten zwar einige Passanten den Räubern nach, konnten sie aber nicht einholen. Ein Vierfüßler ergriff einen Kasten mit Ringen und schenkte ihn nach dem Wogen, er traf nur die rechte Türseite. Die Räuber entliefen.

Influenza-Epidemie in England.

In der letzten Woche sind in London und den großen Städten Englands 412 Todesfälle infolge von Influenza eingetreten. In der Vorwoche betrug die Zahl der Todesfälle 240, in der Weihnachtswoche 140.

Das Coburgische in Schreiberhau hat drei Menschenleben gefordert. Ein verheerender Brand, der 70-jährige Robert Niesel an Schreiberhau, forderte auf dem Transport ins Krankenhaus.

Entdeckung eines Diamantenfeldes. Wie dem Mineralogischen Institut in Dares Sala am gemeldet wurde, ist ein Diamantenvorkommen entdeckt worden, das angeblich das größte in Afrika sein soll.

Gewandengeld. Der wegen Mordes an dem Brietragger Schwan in Berlin zum Tode verurteilte Ernst Reins hat die gegen das Urteil eingelegte Revision zurückgezogen und ein Unabengeld eingezahlt.

Wettertelegramme aus Sachsen vom 15. Januar, vormittags 8 Uhr.

Dresden (Höhe 110 m): Win: 3. Max: 3. Min: 2. Schneefall: 3. Schneehöhe: —. Wind: OSO 2. Wetterzustand: Wolfig.

Magdeburg (Höhe 246 m): Win: 1. Max: 5. Min: 1. Schneefall: 1. Schneehöhe: —. Wind: SSO 3. Wetterzustand: Wolfig.

Hirschberg (Höhe 1213 m): Win: —. Max: 2. Min: 2. Schneefall: 2. Schneehöhe: 10 cm. Wind: S 3. Wetterzustand: Nebel.

Ämtliche Devisenkurse.

Berlin den 15. Januar 1932.

Telegraphische Auszahlung auf:	Wetterungen in Wert			
	15. I.	16. I.	16. I.	16. I.
Wien 100 Schilling	1,048	1,052	1,059	1,067
Bombay 100 Rupee	3,536	3,544	3,550	3,554
London 100 Pfund	1,548	1,552	1,558	1,562
Paris 100 Franc	15,94	15,96	16,00	16,04
Brüssel 100 Franc	14,69	14,73	14,81	14,85
Amsterdam 100 Gulden	4,309	4,317	4,320	4,327
Stockholm 100 Kronen	0,254	0,256	0,257	0,258
Helsinki 100 Mark	1,748	1,752	1,756	1,760
Oslo 100 Kronen	14,99	15,03	15,08	15,12
Kopenhagen 100 Kronen	5,455	5,455	5,456	5,456
Berlin 100 Reichsmark	100,00	100,00	100,00	100,00
Frankfurt 100 Reichsmark	100,00	100,00	100,00	100,00
Hamburg 100 Reichsmark	100,00	100,00	100,00	100,00
München 100 Reichsmark	100,00	100,00	100,00	100,00
Wien 100 Schilling	1,048	1,052	1,059	1,067
Bombay 100 Rupee	3,536	3,544	3,550	3,554
London 100 Pfund	1,548	1,552	1,558	1,562
Paris 100 Franc	15,94	15,96	16,00	16,04
Brüssel 100 Franc	14,69	14,73	14,81	14,85
Amsterdam 100 Gulden	4,309	4,317	4,320	4,327
Stockholm 100 Kronen	0,254	0,256	0,257	0,258
Helsinki 100 Mark	1,748	1,752	1,756	1,760
Oslo 100 Kronen	14,99	15,03	15,08	15,12
Kopenhagen 100 Kronen	5,455	5,455	5,456	5,456

